



5. November 2021



Liebe Leserinnen, lieber Leser,

Dr. Michael Spörke vom Sozialverband Deutschland brachte es auf unserer Zukunftskonferenz am letzten Dienstag auf den Punkt: „Das Thema Wohnen regelt der Markt. Und der Markt regelt hier gar nichts zum Wohle der Menschen.“ Mehr über die intensive Diskussion darüber, ob und wie Mieterinnen und Mieter sich Wohnen noch leisten können, erfahren Sie auf der Themenseite 2 zum Thema Wohnen.

Über die Zukunft im Gesundheits- und Pflegesektor sprechen wir am kommenden **Montag, 8. November**, in den Rheinterrassen Düsseldorf – unter anderem mit dem Gesundheitsexperten Karl Lauterbach MdB, Susanne Quast von der Initiative Gesunde Krankenhäuser und Stephan von Bandemer vom Institut für Arbeit und Technik. Den entsprechenden AnmeldeLink finden Sie auf Seite 3.

Am vergangenen Mittwoch hat Hendrik Wüst, der im letzten Sonderplenum wie erwartet zum Ministerpräsidenten des Landes NRW gewählt worden ist, seine erste Regierungserklärung abgegeben. Seine erste Regierungserklärung war eher eine Bilanz seines Vorgängers Armin Laschet. Es gibt keine neuen Initiativen für Unternehmensansiedlungen, keine neuen Investitionen in die Digitalisierung, erst recht keine neuen Programme für Stadtteilsanierungen oder moderne Mobilität. Neuer Ministerpräsident oder nicht: Dieser Regierung fehlt es schlichtweg an guten Impulsen für Nordrhein-Westfalen. Unser Fraktionsvorsitzender Thomas Kutschaty hat das in seiner **„alternativen Regierungserklärung“** sehr deutlich gemacht.

Es wird Zeit, dass eine neue Regierung mit neuer Kraft und neuen Ideen die richtigen Prioritäten setzt. Es wird Zeit für einen sozialen Neustart. Die 2020er Jahre müssen ein Jahrzehnt des Fortschritts werden – des ökologischen und des sozialen. Vor allem müssen sie ein Jahrzehnt für Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer und ihre Familien sein. Die zukünftige Landesregierung, wir, werden wieder an der Seite der Beschäftigten stehen!

Herzliche Grüße

Ihre

Heike Gebhard

S. Watermeier

Aus dem Landtag

Rückblick Zukunftskonferenz Wohnen

Die besten Schutzrechte brächten nichts, wenn man sie nicht auch zur Anwendung bringt. Mit diesem Warnruf unterstrich Hans-Jochem Witzke vom Deutschen Mieterbund seine Forderung nach einem besseren Mieterschutz. Dass selbst diejenigen, die eine Wohnung haben, häufig viel zu viel Geld von ihrem Einkommen für die Miete aufbringen müssten, bestätigte Dr. Michael Spörke (Sozialverband Deutschland). Und unser stellvertretender Fraktionsvorsitzender Christan Dahm hatte bereits zu Beginn unserer Zukunftskonferenz deutlich gemacht: Fast jeden zweiten Menschen in NRW, aber auch in Gelsenkirchen, treibt die Sorge um, sich eine Wohnung künftig nicht mehr leisten zu können. Alarmierende Aussichten!

Dies nahm Alexander Rychter vom Verband der Wohnungs- und Immobilienwirtschaft Rheinland Westfalen zum Anlass, u.a. für energetische Sanierungen zu werben – ohne bei der Modernisierung die bezahlbaren Preise zu vergessen. **Die komplette Zukunftskonferenz gibt's hier im Video.**

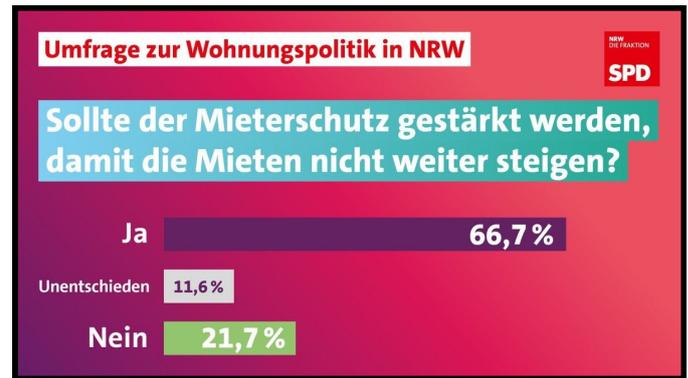
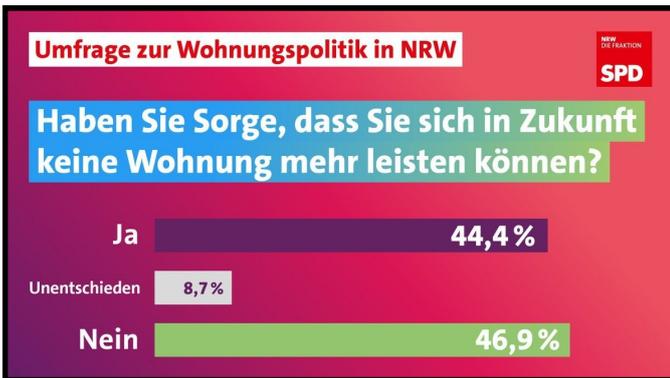


Foto: SPD-Landtagsfraktion

**Aktionsplan Wohnen:
Von Grund auf Fair**

**Umfrage zu
Wohnungspolitik in NRW**

**Antrag Aktuelle Stunde:
Ein Neustart in der
Wohnungspolitik**

Unsere Forderung: Mehr Mieterschutz und mehr bezahlbarer Wohnraum in NRW

NRW ist Mieterland: Mehr als die Hälfte der Menschen in unserem Bundesland leben zur Miete. Doch die Landesregierung hat den Mieterschutz schleifen lassen und tut schlichtweg zu wenig für bezahlbaren Wohnraum im Interesse der über zehn Millionen Mieterinnen und Mieter.

Dabei gibt es vielzählige Instrumente, um zu intervenieren: unter anderem das bundesgesetzlich geschaffene Bauplanmobilisierungsgesetz oder das Wohnraumstärkungsgesetz. Im Rahmen des Mietspiegelreformgesetzes müssen den Städten und Gemeinden endlich landesrechtlich die Kompetenzen zugewiesen werden.

**SPD-Antrag:
Mehr Engagement für
bezahlbaren Wohnraum**

Keine Maskenpflicht mehr: verfrüht, riskant und gefährlich!

So verlässlich die Blätter im Herbst fallen, so verlässlich steigen auch die Corona-Infektionszahlen. Kinder und Jugendliche führen diese traurige Statistik leider an und sind im Vergleich zu anderen Altersgruppen besonders häufig infiziert. Gründe hierfür sind die geringe Impfquote der 12- bis 17-Jährigen sowie die noch fehlende Impfpflicht für Kinder unter 12 Jahren.

Doch seit dem 2. November müssen Schülerinnen und Schüler, Lehrkräfte und das weitere Betreuungspersonal im Unterricht keine Masken mehr tragen – völlig unverständlich angesichts der steigenden Infektionszahlen. Unsere Aktuelle Stunde am vergangenen Freitag hat diesen Missstand thematisiert.

**Antrag Aktuelle Stunde:
Aufhebung der Maskenpflicht
bei steigender Inzidenz**



Foto: www.pixabay.com

Der Konflikt um den Hambacher Forst

Der größte Polizeieinsatz in der Geschichte Nordrhein-Westfalens ist erneut Thema im Landtag gewesen: In einer Aktuellen Stunde wurde über die von der Landesregierung veranlasste Räumung des Hambacher Forstes im Jahr 2018 gestritten.

Das ursprüngliche Argument „Brandschutz“ wurde seitens der Landesregierung nur vorgeschoben, das urteilte auch das Verwaltungsgericht in Köln. Nun will sie die Stadt Kerpen anweisen vor dem Oberverwaltungsgericht in Berufung zu gehen. CDU und FDP setzen ihr unrühmliches Verhalten fort.

**Antrag auf Aktuelle Stunde:
Mit dem Kopf durch die Wand**



Foto: www.pixabay.com

Veranstaltungshinweis: Jetzt #zukunften für Gesundheit und Pflege

Jetzt #zukunften für Gesundheit und Pflege NRW
DIE FRAKTION
SPD

Diskutier mit uns, wie wir mit dem #MenschImMittelpunkt gewinnen.

Zukunftskonferenz am
8. November 2021

▶▶ Jetzt anmelden

Gewinnmaximierung, Fallpauschalen, Pflegenotstand – sind das die Begriffe, die Ihr mit dem Thema Gesundheit verbinden möchtet? Längst hat die Pandemie die Missstände in unserem Gesundheitswesen aus dem Schatten ins Rampenlicht gerückt. Eine umfassende Diskussion darüber, was uns Gesundheit und Pflege wert sind, erwartet Euch auf unserer Zukunftskonferenz „Nach dem Applaus: der Mensch im Mittelpunkt“ am Montag, 8. November, ab 18.30 Uhr in den Rheinterrassen. Eine Teilnahme ist sowohl digital, als auch vor Ort möglich.

[Hier geht's zur Anmeldung!](#)

Aus dem Wahlkreis

Kommunale Integrationsarbeit: Gelsenkirchener Landtagsabgeordnete fordern Weiterentwicklung der Angebote

„Die bestehenden Angebote für Zugewanderte reichen bei Weitem nicht aus. Die Kommunen brauchen dringend eine höhere Förderung durch das Land. Das fängt bei dem erhöhtem Personalbedarf im Straßenverkehrsamt und in Bürger-Centern an und endet bei der sozialen Beratung bei schwierigen Wohnverhältnissen. Hier brauchen wir einen ganzheitlichen Blick auf die unterschiedlichen Bereiche“, fordern die Gelsenkirchener SPD-Landtagsabgeordneten Heike Gebhard und Sebastian Watermeier.

In der WAZ-Ausgabe vom 03.11.2021 hatte der FDP-Abgeordnete Dietmar Brockes behauptet, die EU, der Bund und die Länder seien bereits aktiv, wenn es um finanzielle Unterstützung beim Südost-Zuzug in Gelsenkirchen ginge. „Das ist zwar grundsätzlich richtig“, meinen Watermeier und Gebhard, „die finanzielle Hilfeleistung fällt aber viel zu gering aus und deckt die Vielschichtigkeit der administrativen kommunalen Herausforderungen längst nicht vollständig ab.“

Fünf Millionen Euro jährlich sind für die Unterstützung bei der Integration von Menschen aus Südosteuropa vorgesehen. Fünf Millionen Euro, die allerdings auf 21 Orte, beziehungsweise 18 Kommunen aufgeteilt werden müssen. „Da bleibt für Gelsenkirchen nicht allzu viel übrig“, so die beiden Abgeordneten weiter. Das Förderprogramm richtet sich an die Zugewanderten selbst und unterstützt vor allem Beratungstätigkeiten, wie etwa bei der Suche nach einem Platz in der Kindertagesbetreuung oder auch der passenden Schule.



Foto: Büro Watermeier

Gelsenkirchener SPD-Landtagsabgeordnete: 46,7 Prozent der Befragten in Gelsenkirchen haben Sorge, sich hier künftig keine Wohnung mehr leisten zu können

Eine repräsentative Umfrage des Meinungsforschungsinstitut Civey im Auftrag der SPD-Fraktion im Landtag NRW zeigt: Die Menschen in der Region haben große Sorgen mit Blick auf den Miet- und Wohnungsmarkt. Die Zahlen beunruhigen die Gelsenkirchener Landtagsabgeordneten Sebastian Watermeier und Heike Gebhard und fordern die schwarz-gelbe Landesregierung zum Umdenken in der Wohnungspolitik auf.

„Die Angst sich keine Miete mehr in der Stadt leisten zu können, ist auch in Gelsenkirchen keine Fiktion, sondern bittere Realität“, so Sebastian Watermeier. Weiter fügt er an: „Im Vergleich zu anderen Kommunen in NRW, kann der Gelsenkirchener Wohnungsmarkt zwar noch als entspannt betitelt werden, allerdings darf das kein Anlass der Untätigkeit sein. Die Menschen haben Wohnungsängste, das schlägt sich auch in den Umfragen nieder. Trotz des relativ entspannten Wohnungsmarktes, liegt der Gelsenkirchener Wert mit 46,7% über dem Landesdurchschnitt. In ganz NRW äußern 44,4 Prozent der Befragten diese Sorge. Das muss die schwarz-gelbe Koalition ernst nehmen und endlich handeln.“

Ein Großteil der Bürgerinnen und Bürger in Gelsenkirchen wünscht sich deshalb eine bessere Unterstützung von der Landespolitik. 85 Prozent fordern in der Umfrage, dass die Landesregierung mehr in bezahlbaren Wohnraum investieren soll, in ganz NRW sind es 84,7 Prozent.

Heike Gebhard ergänzt: „Der Schlüssel für bezahlbaren Wohnraum und somit auch für kostengünstigeren Mieten, liegt unter anderem im intensiven Ausbau von Wohnraum. Neben dem Bau von Wohnraum, bedarf es auch rechtlicher Instrumente, um den Mietpreisanstieg in den Kommunen und Kreisen zu dämpfen. Daher fordern wir den Bau von 100.000 neuen Wohnungen alleine in NRW. 25.000 Wohnungen davon sollen mietpreisgebunden sein, d.h. es ist ein Angebot, welches sich explizit an einkommensschwächere Haushalte richtet. Diese Maßnahme hilft auch den Menschen in Gelsenkirchen. Unter Schwarz-Gelb ist der soziale Wohnungsbau dramatisch eingebrochen. Das spüren die Menschen in ganz NRW.“

Die Landtagsabgeordneten Watermeier und Gebhard erklären abschließend: „Auch in Gelsenkirchen bedarf es einer Wohnungspolitik, die den Interessen der Menschen gerecht wird. Hierzu gehört auch die Förderung der Modernisierung von bereits vorhandenen Wohnungen, die dadurch bezahlbar bleiben. Die schwarz-gelbe Landesregierung ignoriert die Bedürfnisse der Mieterinnen und Mieter - dies belegen auch die Umfragewerte. Wir als SPD-Landtagsfraktion stehen für einen sozialen Neustart in der Wohnungspolitik und kämpfen an der Seite, der hier zur Miete lebenden Menschen in NRW.“